

Ergänzungsantrag zur Neuordnung der Stadtbezirke

U.Z: (200914_Jung_IA_SBR 114_0342.docx)

Antrag:

Die Änderung der Hauptsatzung zur Neuordnung der Stadtbezirke möge dahingehend ergänzt werden, dass den Stadtbezirksräten mehr Kompetenzen bzw. Mitbestimmung ermöglicht werden.

Insbesondere bei Maßnahmen, die für die Bürgerinnen und Bürger eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellen, fordert der Stadtbezirksrat ein Mitbestimmungsrecht anstelle einer Anhörung.

Sachverhalt:

Die derzeitigen Einflussmöglichkeiten des Stadtbezirksrates sind unbefriedigend. Bis auf wenige Ausnahmen werden die Bezirksräte lediglich angehört. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten sind überschaubar. Vergleicht man das mit den Rechten der Samtgemeinden, so besteht ein erheblicher Unterschied.

Insbesondere bei Entscheidungen, die für die Bürgerinnen und Bürger mit finanziellen Belastungen verbunden sind, sollte der Bezirksrat an der Entscheidung beteiligt werden. Bisher ist das lediglich bei Straßenbaumaßnahmen bedingt der Fall.

Ein Negativbeispiel von mehreren sind die Kanalüberprüfungsarbeiten, die derzeit in Teilen von Schapen vorgenommen werden. Die Anlieger müssen binnen eines Jahres die Abwasserleitungen überprüfen lassen. Sind diese nicht in einem befriedigenden Zustand, dann müssen diese erneuert werden. Das ist im schlimmsten Fall mit Kosten in fünfstelliger Höhe verbunden - und das zu Corona-Zeiten.

Eine Information der Anlieger hat lediglich schriftlich stattgefunden, nachdem bereits mit den Arbeiten begonnen worden war. Auf Anfrage des Bezirksbürgermeisters, warum keine Bürgerinformation stattgefunden habe, wurde auf die Probleme durch Corona verwiesen. Dieses Argument ist durchaus nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist aber, warum dann nicht der Vorschlag des Bezirksbürgermeisters aufgegriffen wurde, die Betroffenen per Skype-Konferenz zu informieren. Stattdessen wurde auf die Sachbearbeiter verwiesen. Die Anwohner sind sehr verärgert.

Eine Mitbestimmung des Bezirksrates hätte zu mehr und rechtzeitiger Transparenz geführt. Und das ist nur ein Beispiel von mehreren.

Stefan Jung,

Vorsitzender der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS im Stadtbezirksrat 114

Gruppe CDU / FDP

Ergänzungsausschuss zur Neuordnung der Stadtbezirke

4) 1. Änderung von § 61 (5) der Geschäftsordnung
des Rates (Anzahl der Stellvertreterinnen
Bezirksbürgermeister und Erörterung auf
zwei Stellvertreter)

5) 2. Bitte an den Oberbürgermeister wieder
Sprechstunden in den Ortsteilen durchzuführen,
wie zwischen 2001 & 2006 vollzogen.

1. f. f. f. Gruppenvertreter CDU / FDP